

Lausitzer-Kohle-Rundbrief

24. März
2022

BRUNICOWY ROZGLĚD

1. Umweltverbände siegen vor Gericht: Braunkohletagebau Jänschwalde muss gestoppt werden
2. Steuergelder halten LEAG am Leben – zu selbstlose Staatshilfe für den Oligarchen?
3. Lausitzer Wasserstandsmeldung: Die Dürre kommt zurück
4. Ein neues Medium in der Lausitz

1. Umweltverbände siegen vor Gericht: Braunkohletagebau Jänschwalde muss gestoppt werden

(Pressemitteilung vom 17.3.2022:) Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und die GRÜNE LIGA haben vor Gericht den Stopp des Braunkohletagebaus Jänschwalde durchgesetzt. Das Verwaltungsgericht Cottbus gab den Umweltverbänden heute Recht und setzte den Hauptbetriebsplan für den Braunkohletagebau außer Vollzug. Grund ist, dass der Tagebau-Konzern LEAG dort seit Jahren drastisch mehr Grundwasser abpumpt, als es die wasserrechtliche Erlaubnis gestattet. Inzwischen geht es um ein Vielfaches der erlaubten Jahresmenge. Das Gericht räumt der LEAG einen Zeitpuffer von knapp zwei Monaten bis zum 14. Mai 2022 ein, um die für einen Tagebaustopp erforderlichen Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen. Ab dem 15. Mai müssen die Bagger dann stillstehen.



„Jetzt besteht die Möglichkeit, beim Tagebau Jänschwalde zu transparenten und rechtsstaatlichen Verfahren zurückzukehren. Die Folgelandschaft des Tagebaus muss in jedem Fall neu geplant werden, da selbst die LEAG von den bisher genehmigten Planungen abweichen will. Doch die Verfahren dazu wurden jahrelang verschleppt und Möglichkeiten zur Verkleinerung des Tagebaus ignoriert. Das rächt sich jetzt für das Unternehmen“, sagt René Schuster von der GRÜNEN LIGA.

„Uns geht es in diesem Verfahren um den Schutz der umliegenden Flora-Fauna-Habitat Gebiete, die zunehmend unter dem Grundwasserentzug durch den Tagebaubetrieb leiden. Dass hier jahrelang illegal enorme Mengen abgepumpt wurden, ist ein Skandal und es ist unbegreiflich, dass erst ein Gericht eingreifen muss, damit geltendes Recht eingehalten wird. Nun instrumentalisiert der Betreiber auch noch den Krieg in der Ukraine und behauptet, man müsse den Tagebau für die Energiesicherheit weiter betreiben. Das ist falsch. Die Kraftwerke können natürlich aus anderen Quellen versorgt und betrieben werden. Es ist unverantwortlich, Menschen damit ungerechtfertigt Angst zu machen, nur weil man weiter baggern und dazu illegal Wasser abpumpen möchte“, sagt Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der DUH.

„Das Verwaltungsgericht Cottbus hat unseren Vortrag vollumfänglich bestätigt: Die Zulassung des Betriebsplanes für den Tagebau Jänschwalde verstößt eklatant gegen die geltende wasserrechtliche Erlaubnis und kann damit keinen Bestand haben“, fasst Rechtsanwältin Cornelia Nicklas zusammen, Leiterin Recht bei der DUH.

Ziel aller weiteren Schritte muss es nun sein, dass der Tagebau auf den letzten Metern nur noch den geringstmöglichen Schaden an den umliegenden Schutzgebieten und dem Wasserhaushalt

Umweltgruppe Cottbus e.V.
Projektbüro:
Straße der Jugend 33
D-03050 Cottbus

Internet
www.kein-tagebau.de
E-Mail
umweltgruppe@kein-tagebau.de

Telefon
+49 (0)151 14420487

Spendenkonto
GLS Bank
BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00

anrichtet, fordern die Umweltverbände. Dazu müsse endlich das nach wie vor fehlende und längst überfällige Rekultivierungskonzept unverzüglich vorgelegt und an diesem Ziel ausgerichtet werden. Mit der Gerichtsentscheidung ist nun klargestellt, dass vorher keine unumkehrbaren Tatsachen mehr geschaffen werden dürfen.

Die Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig, Beschwerden an das Oberverwaltungsgericht sind möglich.

[Entscheidung des Gerichtes \(anonymisiert\)](#)

[Hintergrundpapier zum Eilantrag \(Dezember 2021\)](#)

2. Steuergelder halten LEAG am Leben – zu selbstlose Staatshilfe für den Oligarchen?

Anfang März retteten offenbar die deutschen Steuerzahler die LEAG vor der Insolvenz. Die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) stützt bis zum Jahresende den Stromhandel der LEAG mit 5,5 Milliarden Euro – dem höchsten von ihr jemals vergebenen Kredit. Das berichteten erst [Handelsblatt](#) (14.03.), dann [Lausitzer Rundschau](#) (16.03.).

Hintergrund sind die gestiegenen Gas- und Strompreise: Beim Stromhandel müssen Verkäufer die Differenz zwischen den vereinbarten und den aktuellen Preisen als Sicherheit hinterlegen. Bei den großen von der LEAG gehandelten Strommengen und der Höhe des Preisanstieges im Laufe der letzten 12 Monate war das Unternehmen des Prager Oligarchen Křetinský dazu offenbar nicht mehr in der Lage. Beim Abschluss neuer Lieferverträge wird es aber vom gestiegenen Preis profitieren, der Betrieb von Braunkohlekraftwerken wird erstmals seit Jahren vorübergehend hochprofitabel. (Wie lange dieser Zustand anhalten wird, darüber gehen die Meinungen auseinander.)

Für sich genommen ist der Vorgang um diese Überbrückungshilfe also nachvollziehbar. Wer sich allerdings erinnert, wie die LEAG beziehungsweise ihre Eigentümer EPH/PPF bei der Aushandlung des Kohleausstiegsplanes die Verhandlungen verzögerte und letztlich weitgehend die Bedingungen diktierte, der fragt sich, ob die Bundesregierung für die schnelle Hilfe genügend Bedingungen im Sinne des Allgemeinwohls gestellt hat. Es wäre schließlich absurd, die LEAG jetzt mit Steuermitteln zu retten und sich demnächst beim Beschleunigen des Kohleausstieges oder den Tagebaufolgekosten wieder von ihr erpressen zu lassen. So schnell und unbürokratisch wie offenbar geholfen wurde, ist jedoch genau das zu befürchten.

3. Lausitzer Wasserstandsmeldung: Die Dürre kommt zurück

Eigentlich wollten wir Ende Februar eine optimistische Wasserstandsmeldung mit dem Titel „Die Dürre ist vorbei“ veröffentlichen. Denn der Februar 2022 hatte endlich auch mal für die Lausitz deutlich überdurchschnittliche Regenmengen zu bieten. In Teilen der Niederlausitz fiel etwa das doppelte des mittleren Monatsniederschlags und der Oberboden schien gut für das Frühjahr gerüstet zu sein, auch wenn so ein Monat (immer noch) nicht sämtliches Wasserdefizit der Dürrejahre 2018-20 ausgleichen konnte.

Dann mussten wir die damals geplante Meldung wegen hoher Arbeitsbelastung verschieben. Einen Monat später hat sich das Bild schon wieder umgekehrt: Vom 27. Februar bis 25. März fielen ganze 1,8 Millimeter, wo im langjährigen Mittel (Station Cottbus) 34 fallen sollten. Die März trockenheit hat das Plus aus dem Februar schon wieder aufgefressen, noch bevor alle Pflanzen ausgetrieben sind, es droht der [trockenste März seit Beginn der Wetteraufzeichnungen](#).

In einer RBB-Dokumentation zum Cottbuser Tageausee hat 2020 der zuständige LEAG-Wasserwirtschaftler sinngemäß gesagt, der liebe Gott werde es schon regnen lassen, denn in der Lausitz folgen erfahrungsgemäß auf mehrere trockene auch mehrere feuchte Jahre. Wir warten weiter darauf, dass sich die Arnoldsche Prophezeiung trotz Klimawandel erfüllt...

4. Ein neues Medium in der Lausitz

Die Journalistin Christine Keilholz hat offenbar die Lausitzer Rundschau verlassen und ein neues Onlinemedium gegründet. [neuelausitz.com](#) will „das Leitmedium für den Wandel“ sein und ihn „mit tiefgründigem, analytischem und kritischem Journalismus“ begleiten. Erschienene Texte werden jeden Dienstag als Lausitz-briefing per E-Mail verschickt. Das Angebot ist (noch?) kostenlos. Keilholz war bei der Lausitzer Rundschau mehrfach mit klaren Kommentaren gegen fossile Denkweisen und Seilschaften im Kohlerevier aufgefallen und regelmäßig von deren Vertretern in Leserbriefen kritisiert worden.

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	Internet www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de	Telefon +49 (0)151 14420487	Spendenkonto GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--